

Warum es eine gut ausgebildete Kripo braucht!

Gastbeitrag des gf. Landesvorstandes in der Fachzeitschrift „forum“ des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern (Stand: 06. Januar 2020)

Sucht der interessierte Nachwuchs aus Mecklenburg-Vorpommern im Internet nach den Begriffen „Kriminalpolizei“ und „Studium“ wird sie/er im eigenen Bundesland hierzu nicht fündig. Die nicht allzu sehr verwurzelte Generation Z wird mit ein paar Klicks feststellen, dass der medial äußerst präsente Berufszweig der Kripo in den Nachbarbundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg bereits mit Studienbeginn ausgewählt werden kann. Warum also nicht nach Hamburg oder Schleswig-Holstein ziehen, wenn man sich dort direkt für die Kripo entscheiden kann? Der Effekt für M-V liegt auf der Hand. Geeignetes Bewerberpotential wird vergeben, da sich Interessierte sofort in anderen Bundesländern mit der Möglichkeit des Kripo-Studiums bewerben.

Die Landespolitik in M-V hat sich seit Jahrzehnten dafür entschieden, ein Generalistenstudium anzubieten, bei der am Ende bis auf wenige Ausnahmen der Einsatz in der Schutzpolizei vorgesehen ist. Nehmen wir einmal an, dass sich Bewerber sagen: „Okay, ich möchte gerne in M-V bleiben, aber ich möchte auch zur Kripo. Ich beiß mich jetzt durch und nach meinem Studium werde ich bestimmt die Chance erhalten von der Schutz- zur Kriminalpolizei zu wechseln.“ Darauf kann und muss man leider antworten, dass niemand verbindlich sagen kann, welche Kriterien zu erfüllen sind, geschweige denn, wann der Wechsel zur Kripo in Aussicht steht.

Problemanriss

Bereits im Frühjahr 2019 hat sich der Landesvorstand des BDK Mecklenburg-Vorpommern mit dem Richterbund M-V ausgetauscht, um auch mal den Blick von außen zu bekommen. Auch der Richterbund bestätigt einen Qualitätsverlust in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung. Im gemeinsamen Austausch wurden hierfür Gründe erörtert. Zum einen ist die Kriminalpolizei in den vergangenen Jahren stark vom Personalabbau getroffen worden. Nicht an den absoluten Zahlen, aber der gleiche Personalbestand der Kripo bekam deutlich mehr Aufgaben hinzu. Verfahren zeichnen sich immer mehr durch sukzessiv ansteigende Komplexität aus. Zu nennen sind hier etwa die Anforderungen aufgrund der Digitalisierung, Auswertung von Massendaten, die generelle Verlagerung der Kriminalität in den digitalen Raum, Aufgaben aus dem Gefahrenabwehrrecht, Novellierungen der Vermögensabschöpfung, StPO, JGG usw. Gleichzeitig hinkt die Ausstattung der Arbeitsplätze gerade im Hinblick auf digitale Ermittlungen massiv hinterher. Als Beispiel sei hier die vom Ministerium bereits im Jahr 2014 beschriebene Ausstattung eines Arbeitsplatzes für Ermittlungen im Internet, welche bis heute nicht umgesetzt und darüber hinaus bereits überholt ist. Auch hier



gibt es K-Dienststellen, die sich mit zehn bis zwölf Mitarbeiter/innen einen Internet-PC teilen, obwohl Allen klar ist, dass es bis auf wenige Ausnahmen keine Ermittlungen mehr ohne Internetrecherchen gibt. In nahezu jedem Phänomenbereich sind Informationen aus dem Netz notwendig, um bei Ermittlungen voranzukommen. Der Aufruf von Internetseiten aus dem polizeilichen Intranet ist durch schlechte Datenraten, verhiertem Datenaustausch und veralteten Browsern für Ermittlungen nicht geeignet. Ein weiterer nicht unerheblicher Faktor ist die fehlende Fortbildung der Mitarbeiterschaft im gesamten Spektrum der Ermittlungen und die daraus resultierende mangelnde Kompetenz digitale Spuren zu deuten und neue Ermittlungsmöglichkeiten zu erkennen.

Die hier nur kurz angeführten aktuellen Herausforderungen tragen dazu bei, dass auf der einen Seite die Kriminalpolizei für viele gar nicht attraktiv genug ist und auf der anderen Seite die Kriminalist*innen mit den Arbeitsbedingungen wenig bis gar nicht motiviert werden können. Hinzu kommt, dass in Teilbereichen der Kripo die Verfahren aufgrund der Masse oder des fehlenden Personals lediglich verwaltet und nicht adäquat ermittelt werden können.

Fehlende Lobby

Schaut man sich die vergangenen Initiativen der Landesregierung an, wird man feststellen, dass in der überwiegenden Mehrzahl der Diskussionen zur Landespolizei die Kripo kaum bis gar nicht vorgekommen ist. Vielmehr geht es der Landesregierung um die sichtbaren Streifenwagen, die das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken sollen. Nun ist es aber so, dass kein zusätzlicher Streifenwagen Fälle von Korruption, Cybercrime, Wirtschaftskriminalität, Vermögensabschöpfung, Organisierter Kriminalität usw. verhindert oder ausermittelt wird. Gerade hier ist eine starke und fachlich gut ausgebildete Kripo nötig. Durch die Generalistenausbildung fehlt auch die Zeit sich nötiges „Kripo-Know-How“ insbesondere im täglichen Dienst anzueignen. Dies schlägt sich vor allem im Bereich der polizeilichen IT-Anwendungen nieder. Schon heute sind die in der Kriminalitätsbekämpfung zu beherrschenden polizeilichen Softwareanwendungen kaum noch an zwei Händen abzuzählen. Die Polizeiliche IT-Landschaft gleicht einem Flickenteppich. Die Anforderungen an Daten, deren Nutzung und lizenzpflichtiger Software zur adäquaten und schnellen Analyse steigen ebenso. Was die Polizei aber braucht sind IT-affine Mitarbeiter/innen. Denn Fakt ist, dass die Digitalisierung rasant fortschreitet und sie ständig neue Herausforderungen schafft und das insbesondere in kriminalpolizeilichen Ermittlungen. Heute kommen die Absolventen und Dienstzweigwechsler zur Kripo direkt zurück zur Fachhochschule, um sich dann in diesen Bereichen fit zu machen. Ebenso findet eine Bestenauslese oft nicht statt, da vor allem in den Kriminalkommissariaten und deren Außenstellen gesundheitlich angeschlagene Kollegen aus dem Schichtdienst zur Kripo versetzt werden. Die Motivation der Kollegen ist entsprechend.

Auch der Pakt für Sicherheit hat lediglich ein paar wenige Erfolge für die Kripo vorzuweisen. So kamen u.a. Mitarbeiter*innen im Bereich Kinderpornographie in den Genuss einer Zulage von zusätzlich 100 € pro Monat. Vergessen hat man dabei die

Angestellten im Bereich Kinderpornographie und die PC- und Mobilfunkforensiker, die sich neben diesen psychisch stark belastenden Bildern und Videos im Rahmen der Asservatenauswertung auch noch Material von IS-Enthauptungen und dergleichen mehr aussetzen müssen. Weiterhin sieht der Pakt vor, IT-Spezialisten einzustellen, und auch die Belegschaft der Kriminaldauerdienste kommt in den Vorteil der erhöhten Schichtzulage. Der Rest geht leer aus, hat mit zahlreichen Verfahren, organisatorischen Hürden, nicht ausreichenden Rechtsgrundlagen (z.B. fehlende Vorratsdatenspeicherung und erlaubte Keuschheitsprobe für Polizeibeamte bei schweren Straftaten), schlechten Beförderungsmöglichkeiten, weniger Gehalt, usw. zu kämpfen.

Lösungsansatz aus Sicht des BDK M-V

Einführung eines „Y-Studiums“ zumindest für einen Teil der Studierenden. Das bedeutet, dass die Jahrgänge die ersten beiden Studienjahre gemeinsam studieren, um sich im dritten Jahr entweder auf den schutzpolizeilichen oder kriminalpolizeilichen Bereich zu spezialisieren. Diese Variante ist nahezu kostenfrei umzusetzen, da die entsprechenden Dozenten an der FHÖVPR Güstrow bereits vorhanden sind und wegfallende Stunden der schutzpolizeilichen Studieninhalte (Verkehrsrecht, Verkehrslehre, etc.) durch kriminalpolizeiliche Anteile ersetzt werden könnten. Somit hätten beide Sparten im dritten Studienjahr mehr Zeit für ihre jeweiligen Inhalte.

Der Effekt für die Organisation wäre jedoch, dass die derzeit völlig überalterte Kripo dauerhaft mit Nachwuchs versorgt werden würde. Denn die derzeitige Lage ist, dass es Dienststellen der Kripo gibt, bei denen die jüngste Beamtin bzw. der jüngste Beamte gerade seinen 50. Geburtstag gefeiert hat. In den nächsten vier bis fünf Jahren kommt es zu einer starken Pensionierungswelle der Landespolizei. Laut Auskunft der Landesregierung in einer Kleinen Anfrage wird es von 2019 – 2024 über 1.000 geplante Pensionierungen geben, ungeplante Abgänge und scheiternde Polizeistudenten während des Studiums noch gar nicht eingerechnet. Bereits in den Jahren 2014 – 2018 waren es etwa 1.000 Abgänge. Damit verbunden ist der Verlust von Wissen, der sowohl für die Schutz- als auch für die Kriminalpolizei von hoher Bedeutung ist, da die Polizei ein stark von Erfahrung geprägter Berufszweig ist. Ganz besonders trifft dieser Wissensverlust die Kripo, da kein Ersatz nachgeführt werden kann und Spezialisten ihr Wissen mit „nach Hause“ nehmen.

Weiterhin könnte das spezialisierte Studium neben den Grundlagen der Kriminalistik und Kriminologie konkret auf die Anforderungen kriminalpolizeilicher Arbeit eingehen und die Studierenden fit für die zukünftig kommenden Aufgaben machen.

Weiterhin muss der Berufszweig Kriminalpolizei attraktiv genug sein. Das heißt, dass sowohl die Ausstattung den Ermittlungserfordernissen angepasst sein muss, als auch das genügend Personal vorhanden ist, um die einzelnen Sachverhalte in der notwendigen Qualität zu ermitteln. Gleichzeitig sind Aufstiegschancen aufzuzeigen und die Bewertung der Dienstposten anzuheben, um auch in der Kriminalpolizei eine Karrierechance zu bieten. Denn warum sollte jemand mit Wechselschichtzulage und

Vergütung des Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlages bei diesen o.g. Bedingungen und dann auch noch rund 250 € weniger im Monat zur Kripo wechseln?

Auswirkungen auf die Staatsanwaltschaften

Die aktuelle Situation der Kriminalpolizei in Mecklenburg-Vorpommern hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Staatsanwaltschaften. Nicht nur, aber auch durch fehlendes kriminalistisches Wissen, welches häufig organisatorisch bedingt und reglementiert ist, entstehen immer wieder Defizite in der Sachbearbeitung.

Eine gut ausgebildete und ausgestattete Kripo bringt Qualität in die Ermittlungsakten und führt zu weniger Verfügungen seitens der Staatsanwaltschaften („kein Vorgangs-PingPong“) und damit zwangsläufig auch zu weniger Verwaltungszeit der Verfahren. Nicht selten ist es der Fall, dass Ermittlungsakten aufgrund von Zuständigkeitsstreitigkeiten und fehlendem Wissen innerhalb der Kripo wochenlang durch die Dienststellen kreisen, bis diese an der richtigen Stelle bearbeitet werden. Bis dahin ist teilweise schon zu viel Zeit vergangen, um zeitkritische Spuren, wie eine IP-Adresse weiter zu ermitteln.

Der geschäftsführende Landesvorstand